

in den Art. 44, 45 weitgehende Rechte. Sie sind im sozialistischen Alltag unserer Republik lebendige Wirklichkeit und ein wesentlicher Bestandteil des realen Sozialismus in der DDR, denn die Gewerkschaften nehmen durch die Tätigkeit ihrer Organisationen und Organe, durch ihre Vertreter in den gewählten staatlichen Machtorganen, vor allem in den Volksvertretungen, und durch ihre Vorschläge an die staatlichen und wirtschaftlichen Organe maßgeblich teil

- an der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft,
- an der Leitung und Planung der Volkswirtschaft,
- an der Verwirklichung der wissenschaftlich-technischen Revolution,
- an der Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen, des Gesundheits- und Arbeitsschutzes, der Arbeitskultur, des kulturellen und politischen Lebens der Werktätigen und
- an der Gesetzgebung.

Die Gewerkschaften stützen sich dabei u. a. auf 278 000 Vertrauensleute, 261 000 Bevollmächtigte für Sozialversicherung und 241000 Arbeitsschutzleute. Die 14 000 Neuereraktivs zählen fast 100 000 Mitglieder. In den 9 760 Ständigen Produktionsberatungen sind 95 000 Werktätige vertreten. Hinzu kommen 10 000 Frauenausschüsse und 6 000 Jugendkommissionen mit insgesamt 120 000 Mitgliedern. In allen mittleren und Großbetrieben wirken gewerkschaftliche Rechtskommissionen.

Die Anzahl der Konfliktkommissionen hat sich von 5 682 mit 45 456 Mitgliedern im Jahre 1953 auf 25 358 mit 225 623 Mitgliedern im Jahre 1979 erhöht. Von ihnen werden ca. 90 Prozent aller Arbeitsrechtssachen entschieden. In diesen wie auch in allen anderen auf gesetzlich vorgeschriebene Art behandelten Konfliktfällen und Rechtsstreitigkeiten leisten die in diesen gesellschaftlichen Gerichten tätigen Werktätigen überzeugende Arbeit mit hoher gesellschaftlicher Wirksamkeit und vorbeugender Resonanz.

Diese Beispiele unterstreichen, daß die Arbeiterklasse als Träger der politischen Macht, als Produzent des größten Teils des gesellschaftlichen Reichtums in unserer Republik ihre schöpferischen Kräfte und ihren Einfluß auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens weiter verstärkt.

Die sozialistische Demokratie weiter zu vervollkommen ist eine ständige Aufgabe. Die Gewerkschaften tragen dazu bei, indem sie die immer breitere Teilnahme der Werktätigen an der Leitung der Wirtschaft und des Staates sichern und dazu ihre in der Verfassung verankerten Rechte nutzen. So vollzieht sich unter aktiver gewerkschaftlicher Mitarbeit die Entwicklung und Festigung unserer sozialistischen Staates und unserer Rechtsordnung auf breiter demokratischer Grundlage. Dabei bewähren sich vor allem auch die gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen, in denen viele Probleme erörtert und schöpferisch behandelt werden. Ihre Bedeutung wird sichtbar, wenn man bedenkt, daß diese Versammlungen im Durchschnitt eine über 90prozentige Beteiligung aufweisen. Auch die über 100 000 Arbeiterkontrolleure sind hier zu nennen. In enger Zusammenarbeit mit der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion helfen sie, betriebliche Reserven aufzuspüren und diese einer volkswirtschaftlichen Nutzung zuzuführen.

Eine gute Arbeiterpolitik bedingt die wirkungsvolle Zusammenarbeit zwischen dem sozialistischen Staat und den Gewerkschaften. Das belegen die nunmehr jahrzehntelangen Erfahrungen in unserer Gesellschaft, so z. B. bei der lebendigen Mitarbeit der Gewerkschaften an neuen grundsätzlichen Gesetzgebungsvorhaben. Immer dann, wenn grundlegende Interessen der Werktätigen berührt werden, wenn es um die Weiterentwicklung unserer konkreten sozialistischen Wirklichkeit geht, werden in breitem Umfang die Arbeiter und die übrigen Werktätigen über gewerkschaftliche Diskussionen in die vorbereitende

Diskussion der Gesetze einbezogen. Das bestätigt u. a. die schöpferische Mitarbeit am Jugendgesetz, am sozialistischen Zivilgesetzbuch, am einheitlichen Prozeßrecht für Zivil-, Familien- und Arbeitsrechtsverfahren sowie insbesondere am Arbeitsgesetzbuch und der neuen Straßenverkehrsordnung.

### **Hohes Rechtsbewußtsein — Ziel gewerkschaftlicher Erziehungsarbeit**

Das Recht kennen heißt seine Verantwortung kennen, und das ist eine wichtige Voraussetzung für die gewissenhafte Verwirklichung des Rechts im jeweiligen Verantwortungs- und Lebensbereich. Deshalb ist es in der gewerkschaftlichen Arbeit wichtig, Einfluß auf die ständige Entwicklung des Rechtsbewußtseins zu nehmen und unser Recht als Ausdruck der Macht der Arbeiterklasse im täglichen Leben konsequent durchzusetzen. Die Gewerkschaften sehen in allen Leitungsebenen darin eine ständige Aufgabe. In wachsendem Maße bewähren sich differenzierte Formen und Methoden der Rechtspropaganda. Hierzu zählt die gewerkschaftliche Rechtsberatung. Sie setzt hohe Sach- und Rechtskenntnisse voraus.

Je tiefer die Arbeiterklasse und alle Werktätigen in die weltverändernde Lehre von Marx, Engels und Lenin sowie in das Wesen der Beschlüsse des IX. Parteitagess der SED eindringen, desto besser sind sie in der Lage, die anspruchsvollen Aufgaben zu lösen. Diese Feststellung unterstreicht den hohen Wert der Schulen der sozialistischen Arbeit, die zunehmend auch Wissen über das Recht, seine Rolle und schöpferische Funktion vermitteln. Die 6. Tagung des Bundesvorstandes des FDGB vermerkte sowohl einen zahlenmäßigen als auch einen inhaltlich bedeutenden Aufschwung dieser gewerkschaftlichen Schulungsform.

Genosse H. Tisch überzeugte sich davon in der Gewerkschaftsgruppe der Brigade „Völkerfreundschaft“ im Chemischen Kombinat Bitterfeld. Er verwies auf den wachsenden Einfluß der Schulen der sozialistischen Arbeit bei der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins. Die gewachsene Einsicht in notwendige gesellschaftliche Zusammenhänge fördert die Bereitschaft der Werktätigen, am eigenen Arbeitsplatz die Effektivität und Qualität der Arbeit ständig weiter zu erhöhen und dem sozialistischen Wettbewerb neue Impulse zu verleihen. Das läßt sich anschaulich aus dem Bezirk Gera belegen.

Dort arbeiten beispielsweise 16 000 Werktätige unter dem Motto des Porzellangießers Horst Steinbach aus dem VEB Porzellanwerke Kahla: „Klug gespart ist Arbeiterart — ich spare täglich Material.“ Fast 84 000 Werktätige des Bezirks eifern der Anlagenfaherin Margarete Koch aus dem Chemiefaserkombinat Schwarza nach, von der die Losung ausging: „Wer gute Qualität kaufen will, muß gute Qualität produzieren.“ 3 000 Werktätige des Bezirks machten sich die Losung der Schichtleiterin Rita Heidel im VEB Textilreinigung Gera zu eigen: „Dienstleistungen — rationeller, besser und schneller.“

Gegenwärtig haben im Bezirk Gera über 18 000 Werktätige neue Initiativen aufzuweisen. Sie erstrecken sich vorrangig auf die vorfristige Fertigstellung wichtiger Rationalisierungsmittel und die Senkung von Stillstands- und Wartezeiten durch verstärkte vorbeugende Instandhaltung, hauptsächlich in Schichtarbeit. Hier zeigt sich das Verständnis um die Zusammenhänge. Das schließt Handeln auf gesetzlicher Grundlage, Arbeiten unter Vermeidung von Unfällen, Ausfällen und Verlusten und eine Produktion unter sicheren Bedingungen mit hohen volkswirtschaftlichen Resultaten ein.

Wie in Gera gibt es in allen Bezirken viele neue Wettbewerbsaktivitäten. In der Hauptstadt der DDR, Berlin, ringen z.B. im VEB Elektrokohle Lichtenberg alle 116 Kollektive um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“, wobei Fragen der Ordnung und Sicherheit eine große Rolle spielen.